

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 3. Juni 1982

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg

über den Verzicht auf die Beglaubigung

und über den Austausch von Personenstandsurkunden

sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen

A. Zielsetzung

Das Vorhaben verfolgt das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg auf dem Gebiet des Personenstandswesens weiter zu vertiefen und zu erleichtern. Das Abkommen vom 3. Juni 1982 soll an die Stelle des deutsch-luxemburgischen Personenstandsabkommens vom 7. Dezember 1962 (BGBl. 1964 II S. 193) treten. Es berücksichtigt die umfangreichen Änderungen des innerstaatlichen Rechts, die in den beiden Vertragsstaaten seit 1962 auf den das Personenstandswesen berührenden Gebieten eingetreten sind, und sieht dabei auch Regelungen vor, die einer einfacheren Anwendung der bilateralen Übereinkunft dienen.

Wie bisher sollen im Interesse der betroffenen Personen sowie einer zuverlässigen Personenstandsbuchführung Personenstandsurkunden ausgetauscht werden, wenn in einem Staat Personenstandsfälle (Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle) beurkundet werden, an denen ein Angehöriger des anderen Staates beteiligt ist; gleiches gilt, wenn zu solchen Eintragungen später Vermerke beigeschrieben werden. Außerdem sollen der einem vereinfachten Geschäftsverkehr dienende Verzicht auf die förmliche Beglaubigung von Urkunden, die von den Standesbeamten in beiden Staaten ausgestellt worden sind, sowie die erleichterte Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen für Eheschließungen im anderen Staat beibehalten werden.

B. Lösung

Das am 3. Juni 1982 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen.

Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Art. 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation dieses Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit neuen Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

14 (13) – 203 00 – Pe 35/83

Bonn, den 13. Mai 1983

An den Herrn

Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 3. Juni 1982 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personensurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift zu dem Abkommen sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 521. Sitzung am 29. April 1983 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 3. Juni 1982
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg
über den Verzicht auf die Beglaubigung
und über den Austausch von Personenstandsurkunden
sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 3. Juni 1982 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen und dem Protokoll zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen einschließlich des zugehörigen Protokolls findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Vorschriften enthält, die das Verwaltungsverfahren im Landesbereich regeln.

Zu Artikel 2

Das Abkommen und das Protokoll sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll zu diesem Abkommen in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit neuen Kosten belastet.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über den Verzicht auf die Beglaubigung
und über den Austausch von Personenstandsurkunden
sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen**

**Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Grand-Duché de Luxembourg
concernant la renonciation à la légalisation,
l'échange d'actes de l'état civil et la production
de certificats de capacité matrimoniale**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Großherzogtum Luxemburg –

La République fédérale d'Allemagne
et
le Grand-Duché de Luxembourg,

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des
Personenstandswesens zu erleichtern –

désireux de faciliter leur coopération dans le domaine de
l'état civil,

haben folgendes vereinbart:

sont convenus de ce qui suit:

**I. Abschnitt
Verzicht auf die Beglaubigung**

Artikel 1

Urkunden, die der Standesbeamte/Zivilstandsbeamte des
einen Vertragsstaats aufgenommen, ausgestellt oder beglau-
bigt und mit amtlichem Siegel oder Stempel versehen hat, be-
dürfen zum Gebrauch in dem anderen Vertragsstaat keiner
Beglaubigung (Legalisation). Ehefähigkeitszeugnisse bedür-
fen außerdem keiner konsularischen Zuständigkeitsbeschei-
nigung.

**II. Abschnitt
Austausch von
Personenstandsurkunden/Zivilstandsurkunden**

Artikel 2

(1) Wird die Geburt eines Kindes eines Angehörigen des
einen Vertragsstaats im Gebiet des anderen Vertragsstaats
beurkundet, so übersendet der Standesbeamte/Zivilstands-
beamte eine Geburtsurkunde unter Angabe des Ortes und des
Tages der Eheschließung der Eltern des Kindes oder bei nicht-
ehelicher Geburt des Ortes und Tages der Geburt der Mutter.

(2) Wird zu dem Geburtseintrag ein Randvermerk eingetra-
gen, so übersendet

der deutsche Standesbeamte eine mit dem Randvermerk
versehene beglaubigte Abschrift aus dem Geburtenbuch,

der luxemburgische Zivilstandsbeamte eine mit dem Rand-
vermerk versehene Geburtsurkunde.

Dabei sind die in Absatz 1 bezeichneten zusätzlichen Angaben
mitzuteilen.

**Chapitre I^{er}
Renonciation à la légalisation**

Article 1^{er}

Les documents que l'officier de l'état civil de l'un des Etats
contractants a reçus, délivrés ou certifiés, et qu'il a munis de
son sceau, peuvent être utilisés dans l'autre Etat contractant
sans qu'ils aient besoin d'une légalisation. Les certificats de
capacité matrimoniale n'ont en outre pas besoin d'une attes-
tation de compétence consulaire.

**Chapitre II
Echange d'actes de l'état civil**

Article 2

(1) Lorsque la naissance d'un enfant d'un ressortissant de
l'un des Etats contractants est documentée sur le territoire de
l'autre Etat contractant, l'officier de l'état civil envoie un acte
de naissance avec indication des lieu et jour du mariage des
père et mère de l'enfant ou lorsqu'il s'agit de la naissance d'un
enfant naturel des lieu et jour de naissance de la mère.

(2) Lorsqu'une mention marginale est inscrite à l'acte de
naissance,

l'officier de l'état civil allemand envoie une copie certifiée
conforme de l'inscription au registre des naissances munie
de la mention marginale,

l'officier de l'état civil luxembourgeois envoie un acte de
naissance muni de la mention marginale.

Les indications supplémentaires désignées à l'alinéa 1 sont à
communiquer.

Artikel 3

(1) Wird die Eheschließung eines Angehörigen des einen Vertragsstaats im Gebiet des anderen Vertragsstaats beurkundet, so übersendet der Standesbeamte/Zivilstandsbeamte eine Heiratsurkunde.

(2) Wird vom deutschen Standesbeamten ein Vermerk über die Ehegatten in das Familienbuch oder ein Randvermerk zum Heiratseintrag oder vom luxemburgischen Zivilstandsbeamten ein Randvermerk zum Heiratseintrag – ausgenommen ein Randvermerk über das eheliche Güterrecht – eingetragen, so übersendet

der deutsche Standesbeamte eine beglaubigte Abschrift aus dem Familienbuch oder dem Heiratsbuch, in dem der Vermerk (Randvermerk) eingetragen ist,

der luxemburgische Zivilstandsbeamte eine mit dem Randvermerk versehene Heiratsurkunde.

Eine Urkunde nach Satz 1 ist nicht zu übersenden, wenn eine beglaubigte Abschrift oder eine Urkunde nach Artikel 4 oder 5 zu übersenden ist.

Artikel 4

Wird im Gebiet des einen Vertragsstaats die Scheidung einer Ehe in einem Personenstandsbuch/Zivilstandsregister vermerkt und ist die Ehe im Gebiet des anderen Vertragsstaats geschlossen worden oder ist zumindest einer der Ehegatten Angehöriger des anderen Vertragsstaats, so übersendet

der deutsche Standesbeamte eine beglaubigte Abschrift aus dem Familienbuch oder dem Heiratsbuch, in dem der Vermerk (Randvermerk) eingetragen ist,

der luxemburgische Zivilstandsbeamte eine mit dem Randvermerk versehene Heiratsurkunde, gegebenenfalls der Zivilstandsbeamte der Stadt Luxemburg eine Abschrift der Eintragung über die Scheidung.

Dies gilt entsprechend, wenn die Ehe für nichtig erklärt oder aufgehoben oder wenn das Bestehen oder Nichtbestehen der Ehe festgestellt wird.

Artikel 5

(1) Wird der Tod eines Angehörigen des einen Vertragsstaats im Gebiet des anderen Vertragsstaats beurkundet, so übersendet der Standesbeamte/Zivilstandsbeamte eine Sterbeurkunde unter Angabe des Ortes und des Tages der Geburt sowie des letzten Wohnsitzes des Verstorbenen im anderen Vertragsstaat; ist der Verstorbene verheiratet gewesen, so sind außerdem Ort und Tag der Eheschließung anzugeben.

(2) Wird zu dem Sterbeeintrag ein Randvermerk eingetragen, so übersendet

der deutsche Standesbeamte eine mit dem Randvermerk versehene beglaubigte Abschrift aus dem Sterberegister,

der luxemburgische Zivilstandsbeamte eine mit dem Randvermerk versehene Sterbeurkunde.

Dabei sind die in Absatz 1 bezeichneten zusätzlichen Angaben mitzuteilen.

Artikel 6

Haben die Ehegatten, über deren Eheschließung nach Artikel 3 Absatz 1 eine Heiratsurkunde übersandt wird, ein gemeinsames voreheliches Kind, so vermerkt der Standesbeamte/Zivilstandsbeamte dies auf der Rückseite der Urkunde oder auf einem der Urkunde beizufügenden Blatt. Dabei sind die Vornamen und der Familienname, der Ort und der Tag der Geburt des Kindes sowie die Staatsangehörigkeit der Eltern und des Kindes zur Zeit der Eheschließung anzugeben. Der Standesbeamte/Zivilstandsbeamte unterschreibt den Vermerk und versieht ihn mit dem amtlichen Siegel oder Stempel.

Article 3

(1) Lorsque le mariage d'un ressortissant de l'un des Etats contractants est documenté sur le territoire de l'autre Etat contractant, l'officier de l'état civil envoie un acte de mariage.

(2) Lorsque l'officier de l'état civil allemand inscrit une mention concernant les époux dans le registre de famille ou une mention marginale à l'acte de mariage ou lorsque l'officier de l'état civil luxembourgeois inscrit une mention marginale à l'acte de mariage à l'exception des mentions relatives au régime matrimonial,

l'officier de l'état civil allemand envoie une copie certifiée conforme du registre de famille ou du registre de mariage muni de la mention marginale,

l'officier de l'état civil luxembourgeois envoie un acte de mariage muni de la mention marginale.

Si une copie certifiée conforme ou un acte prévu à l'article 4 ou 5 est à envoyer, il n'y a pas lieu d'envoyer un acte de mariage en conformité à la phrase 1.

Article 4

Lorsque sur le territoire de l'un des Etats contractants, un divorce est inscrit dans un registre de l'état civil et que le mariage a été conclu sur le territoire de l'autre Etat contractant, ou qu'un des époux au moins est ressortissant de l'autre Etat contractant,

l'officier de l'état civil allemand envoie une copie certifiée conforme du registre de famille ou du registre de mariage dans lequel la mention (mention marginale) aura été inscrite,

l'officier de l'état civil luxembourgeois envoie un acte de mariage muni de la mention marginale, le cas échéant l'officier de l'état civil de la Ville de Luxembourg envoie une copie de l'inscription du divorce.

Ceci vaut également pour le cas où le mariage a été déclaré nul ou a été annulé ou que l'inexistence du mariage a été constatée.

Article 5

(1) Lorsque le décès d'un ressortissant de l'un des Etats contractants est documenté sur le territoire de l'autre Etat contractant, l'officier de l'état civil envoie un acte de décès avec indication du lieu et jour de naissance du défunt, ainsi que de son dernier domicile dans l'autre Etat contractant; si le défunt a été marié, il y a lieu d'indiquer en outre le lieu et jour du mariage.

(2) Lorsqu'une mention marginale est inscrite à l'acte de décès,

l'officier de l'état civil allemand envoie une copie certifiée conforme de l'inscription au registre des décès munie de la mention marginale,

l'officier de l'état civil luxembourgeois envoie un acte de décès muni de la mention marginale.

Les indications supplémentaires désignées à l'alinéa 1 sont à communiquer.

Article 6

Si les époux, de la célébration du mariage desquels un acte de mariage est envoyé conformément à l'article 3 alinéa 1, ont un enfant naturel commun, l'officier de l'état civil le mentionne au verso de l'acte ou sur une feuille annexe. Les prénoms et le nom de famille, les lieu et jour de naissance de l'enfant ainsi que la nationalité des père et mère et de l'enfant au moment de la célébration du mariage sont à indiquer. L'officier de l'état civil signe cette mention et la munit de son sceau.

Artikel 7

Durch die nach den Artikeln 2 bis 6 auszutauschenden Personenstandsurkunden wird kein Nachweis über die Staatsangehörigkeit der betroffenen Personen erbracht.

Artikel 8

(1) Die nach den Bestimmungen dieses Abschnitts zu übersendenden Urkunden sind diejenigen konsularischen Vertretung des anderen Vertragsstaats zuzuleiten, die für den übersendenden Standesbeamten örtlich zuständig ist. Im Fall des Artikels 5 Absatz 1 ist die Übersendung unverzüglich, in allen anderen Fällen spätestens zum Ablauf des Kalendermonats vorzunehmen.

(2) Für die nach Artikel 2 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 1 zu übersendenden Urkunden sind möglichst mehrsprachige Personenstandsurkunden zu verwenden.

(3) Die in den Artikeln 2 und 5 vorgesehenen zusätzlichen Angaben sind nur soweit mitzuteilen, als sie den Beteiligten oder dem Standesbeamten bekannt sind.

(4) Der Austausch der Personenstandsurkunden geschieht kostenfrei.

III. Abschnitt

Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen

Artikel 9

(1) Will ein Angehöriger des einen Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat heiraten, so kann er den Antrag auf Ausstellung des Ehefähigkeitszeugnisses auch beim Standesbeamten/Zivilstandsbeamten des Eheschließungsstaats stellen. Dieser leitet den Antrag an den zuständigen Standesbeamten/Zivilstandsbeamten des Heimatstaats weiter; dem Antrag sind für jeden Verlobten die zur Ausstellung des Ehefähigkeitszeugnisses erforderlichen Urkunden beizufügen.

(2) Die Vertragsstaaten werden einander

1. die Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit der Standesbeamten/Zivilstandsbeamten für die Ausstellung des Ehefähigkeitszeugnisses,
 2. die Urkunden, die für die Verlobten dem Antrag auf Ausstellung des Ehefähigkeitszeugnisses beizufügen sind, und
 3. jede Änderung bezüglich der in den Nummern 1 und 2 genannten Vorschriften und Urkunden
- mitteilen.

(3) Kann eine erforderliche Urkunde nicht beigebracht werden, so kann an ihrer Stelle eine beweiskräftige Bescheinigung oder, falls auch das nicht möglich ist, eine vor der zuständigen Stelle abgegebene eidesstattliche Versicherung beigelegt werden. Die Entscheidung darüber, ob die Bescheinigung oder die eidesstattliche Versicherung genügt, unterliegt der freien Beweiswürdigung des Standesbeamten/Zivilstandsbeamten des Heimatstaats.

Artikel 10

(1) Der Standesbeamte/Zivilstandsbeamte des Heimatstaats übersendet das Ehefähigkeitszeugnis dem Standesbeamten/Zivilstandsbeamten des Eheschließungsstaats. Die vorgelegten Urkunden werden gleichzeitig zurückgesandt; den Antrag behält der Standesbeamte/Zivilstandsbeamte zurück.

(2) Bestehen Hindernisse, das Ehefähigkeitszeugnis auszustellen, so sind diese dem Standesbeamten/Zivilstandsbeamten des Eheschließungsstaats zur Unterrichtung des Verlobten, der den Antrag gestellt hat, mitzuteilen.

Article 7

Les actes de l'état civil échangés conformément aux articles 2 à 6 ne constituent pas une preuve de la nationalité des personnes concernées.

Article 8

(1) Les actes à envoyer conformément aux dispositions de ce chapitre doivent être envoyés à la représentation consulaire de l'autre Etat contractant qui est territorialement compétente pour l'officier de l'état civil qui fait l'envoi. Dans le cas de l'article 5 alinéa 1, l'envoi doit se faire sans délai, dans tous les autres cas au plus tard pour la fin du mois en cours.

(2) Pour les actes à envoyer conformément aux articles 2 alinéa 1, 3 alinéa 1 et 5 alinéa 1 il y a lieu, si possible, d'utiliser des formules d'actes plurilingues.

(3) Les indications supplémentaires prévues aux articles 2 et 5 ne sont à indiquer que pour autant qu'elles sont connues aux intéressées ou à l'officier de l'état civil.

(4) L'échange des actes de l'état civil se fait sans frais.

Chapitre III

Délivrance de certificats de capacité matrimoniale

Article 9

(1) Lorsqu'un ressortissant de l'un des Etats contractants entend contracter mariage sur le territoire de l'autre Etat contractant, il peut aussi faire la demande tendant à la délivrance du certificat de capacité matrimoniale auprès de l'officier de l'état civil de l'Etat qui célèbre le mariage. Celui-ci transmet la demande à l'officier de l'état civil compétent du pays d'origine; pour chaque fiancé il y a lieu de joindre à la demande les actes nécessaires pour l'établissement du certificat de capacité matrimoniale.

(2) Les Etats contractants se communiqueront réciproquement

1. les prescriptions relatives à la compétence territoriale de l'officier de l'état civil pour la délivrance du certificat de capacité matrimoniale,
2. les actes qui pour les fiancés sont à joindre à la demande tendant à l'obtention d'un certificat de capacité matrimoniale, et
3. chaque changement relatif aux prescriptions et actes désignés aux numéros 1 et 2.

(3) Lorsqu'un des actes exigés ne peut être fourni, il peut être remplacé par une attestation faisant foi ou à défaut, par une déclaration sous la foi du serment devant l'autorité compétente. La décision sur le point de savoir si l'attestation ou la déclaration sous la foi du serment est suffisante, relève de l'appréciation discrétionnaire de l'officier de l'état civil de l'Etat d'origine.

Article 10

(1) L'officier de l'état civil du pays d'origine envoie le certificat de capacité matrimoniale à l'officier de l'état civil de l'Etat sur le territoire duquel le mariage doit être célébré. A la même occasion les actes produits sont retournés; la demande est retenue par l'officier de l'état civil.

(2) Lorsqu'il existe des empêchements pour établir le certificat de capacité matrimoniale, il y a lieu de communiquer ceux-ci à l'officier de l'état civil sur le territoire duquel le mariage doit être célébré pour que celui-ci en informe le fiancé qui a fait la demande.

Artikel 11

(1) Für den Antrag auf Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses ist ein zweisprachiger Vordruck zu verwenden, dessen Muster diesem Abkommen als Anlage beigelegt ist.

(2) Wird durch die Änderung von Rechtsvorschriften in einem Vertragsstaat eine Anpassung des Vordrucks erforderlich, so wird diese von den Vertragsstaaten durch Notenwechsel vereinbart.

Artikel 12

(1) Das Ehefähigkeitszeugnis wird gebührenfrei ausgestellt.

(2) Die durch den Schriftverkehr zwischen den Standesbeamten und Zivilstandsbeamten auf Grund der Artikel 9 und 10 anfallenden Auslagen sind vom Antragsteller nicht zu erstatten.

IV. Abschnitt Schlußbestimmungen

Artikel 13

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Luxemburg ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 7. Dezember 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen außer Kraft.

Artikel 15

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen, vom Tag seines Inkrafttretens an gerechnet. Wenn es nicht sechs Monate vor Ablauf der Geltungsdauer gekündigt wird, bleibt es jeweils ein weiteres Jahr in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Bonn am 3. Juni 1982 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 11

(1) Pour la demande tendant à la délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale il y a lieu d'utiliser une formule bilingue dont le modèle est joint au présent Accord.

(2) Lorsque par suite d'un changement de législation dans un des Etats contractants une adaptation de la formule devient nécessaire, celle-ci sera établie d'un commun accord entre les Etats contractants par un échange de notes.

Article 12

(1) Le certificat de capacité matrimoniale est délivré sans frais.

(2) Le requérant ne doit pas rembourser les frais occasionnés par la correspondance échangée entre les officiers de l'état civil des deux Etats sur la base des articles 9 et 10.

Chapitre IV Dispositions finales

Article 13

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 14

(1) Le présent Accord est sujet à ratification; les instruments de ratification sont à échanger le plus rapidement possible à Luxembourg.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois après échange des instruments de ratification.

(3) Avec l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord du 7 décembre 1962 entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République fédérale d'Allemagne concernant la renonciation à la légalisation, l'échange d'actes de l'état civil et la production de certificats de capacité matrimoniale est aboli.

Article 15

Le présent Accord est conclu pour une durée de cinq ans à partir du jour de son entrée en vigueur. Lorsqu'il n'est pas dénoncé six mois avant l'expiration du terme, il restera en vigueur pour une nouvelle année supplémentaire.

En foi de quoi les Plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé le présent Accord et l'ont muni de leur sceau.

Fait à Bonn, le 3 juin 1982, en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
B. von Staden

Für das Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg
G. Heisbourg

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten folgende Bestimmung vereinbart, die als Bestandteil des Abkommens betrachtet werden soll:

Wer Angehöriger eines Vertragsstaats ist, bestimmt sich nach dem Recht dieses Vertragsstaats. Der Nachweis hierüber für Zwecke dieses Abkommens wird im allgemeinen geführt

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

durch einen Reisepaß der Bundesrepublik Deutschland, einen Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland oder einen Berliner behelfsmäßigen Personalausweis;

b) in bezug auf das Großherzogtum Luxemburg

durch einen Reisepaß oder eine Identitätskarte des Großherzogtums Luxemburg.

Protocole

Lors de la signature de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Grand-Duché de Luxembourg concernant la renonciation à la légalisation, l'échange d'actes de l'état civil et la production de certificats de capacité matrimoniale les Plénipotentiaires des deux Etats contractants sont convenus de la disposition suivante qui doit être considérée comme faisant partie intégrante de l'Accord:

La question de savoir qui est ressortissant d'un Etat contractant se résout par le droit de cet Etat contractant. Pour les besoins de cet Accord la preuve en est rapportée en général

a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne

par un passeport de la République fédérale d'Allemagne, par une carte d'identité de la République fédérale d'Allemagne, ou par une carte d'identité provisoire de Berlin;

b) en ce qui concerne le Grand-Duché de Luxembourg

par un passeport ou une carte d'identité du Grand-Duché de Luxembourg.

Antrag auf Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses
Demande de délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale

Die nachstehend bezeichneten Verlobten wollen in der Bundesrepublik Deutschland/im Großherzogtum Luxemburg ¹⁾ miteinander die Ehe eingehen.

Les fiancés désignés ci-après désirent contracter mariage en République fédérale d'Allemagne/au Grand-Duché de Luxembourg ¹⁾.

Zu diesem Zweck stellt

A cet effet

.....
(Name des Antragstellers/Nom du demandeur)

den Antrag auf Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses.

demande la délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale.

Die Verlobten machen hierzu folgende Angaben

Les fiancés fournissent à ce sujet les indications suivantes

	für den Verlobten: pour le fiancé:	für die Verlobte: pour la fiancée:
1. Familienname (ggf. auch Geburtsname sowie frühere Familiennamen) Nom (éventuellement aussi nom au moment de la naissance ainsi que les noms de famille précédents)		
2. Vornamen Prénoms		
3. Beruf Profession		
4. Staatsangehörigkeit Nationalité		
5. Tag und Ort der Geburt Date et lieu de naissance		
6. a) Wohnsitz (ggf. Aufenthalt) (Ort, Straße, Haus-Nr.) Domicile (év. résidence) (lieu, rue et no.)		
b) Letzter gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland/im Großherzogtum Luxemburg (Ort, Straße, Haus-Nr.) Dernière résidence habituelle en République fédérale d'Allemagne/au Grand-Duché de Luxembourg (lieu, rue, no.)		
7. Familienstand (ledig, verwitwet, geschieden) Etat civil (célibataire, veuf, divorcé)		
8. Frühere Ehen und ihre Auflösungsgründe (Tod, Scheidung usw.) Mariages antérieurs et causes de leur dissolution (décès, divorce etc.)		

Wir sind – nicht – in folgender Weise – miteinander verwandt oder verschwägert: ¹⁾

Nous ne sommes ni parents ni alliés. Nous sommes parents ou alliés de la façon suivante: ¹⁾

Zusätzliche Angaben für deutsche Verlobte: ²⁾

Indications supplémentaires pour les fiancés allemands: ²⁾

a) Falls ein Verlobter unter Vormundschaft steht:

Si un fiancé est sous tutelle:

Name des Verlobten sowie Name und Anschrift seines Vormunds

Nom du fiancé ainsi que nom et adresse de son tuteur

b) Falls Kinder vorhanden sind, für die ein Auseinandersetzungszeugnis nach § 9 des Ehegesetzes erforderlich ist:

S'il y a des enfants pour lesquels un certificat établi en conformité du § 9 de la loi allemande sur le mariage est demandé:

Name des Verlobten sowie Familienname, Vornamen, Geburtstag und -ort seiner Kinder

Nom du fiancé ainsi que nom, prénoms, date et lieu de naissance de ses enfants

Das Auseinandersetzungszeugnis liegt bei – wird noch beigebracht. ¹⁾

Le certificat est joint – sera présenté encore. ¹⁾

Es werden folgende Unterlagen beigelegt ³⁾

Les pièces suivantes sont jointes

für den Verlobten:

pour le fiancé:

für die Verlobte:

pour la fiancée:

....., den 19....
le

Unterschriften

Signatures

Der Standesbeamte

L'officier de l'état civil

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen.
Biffer ce qui ne convient pas.

²⁾ Angaben sind nur in den Antrag auf Ausstellung eines deutschen Ehefähigkeitszeugnisses aufzunehmen.
Les indications ne doivent être fournies que dans les demandes de certificat de capacité matrimoniale allemand.

³⁾ Die Unterlagen sind mit dem Ehefähigkeitszeugnis zurückzugeben.
Les pièces sont à restituer avec le certificat de capacité matrimoniale.

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Zwischen den in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin und den im Großherzogtum Luxemburg lebenden Menschen bestehen vielfältige Beziehungen verwandtschaftlicher und wirtschaftlicher Art. Daraus ergibt sich, daß oft Personenstandsfälle von Angehörigen des einen Staates von Standesbeamten/Zivilstandsbeamten des anderen Staates beurkundet und in gleicher Weise Eheschließungen vorgenommen werden. Es liegt insbesondere im Interesse der betroffenen Personen, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet des Personenstandswesens zu vertiefen und zu erleichtern.

In dieser Erkenntnis ist auf Anregung der Regierung des Großherzogtums Luxemburg bereits am 7. Dezember 1962 in Luxemburg ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen unterzeichnet worden. Dieses Abkommen, das seit dem 7. September 1966 (BGBl. 1966 II S. 592) in Kraft ist, hat sich in seinen Grundzügen bewährt.

Seit dem Abschluß des deutsch-luxemburgischen Personenstandsabkommens von 1962 sind in beiden Vertragsstaaten vielfältige Änderungen des innerstaatlichen Rechts auf den das Personenstandswesen berührenden Gebieten eingetreten. Deren Auswirkungen auf das Abkommen von 1962 ließen es angebracht erscheinen, an Stelle einer umfangreichen Änderung ein neues Abkommen zu schließen und in diesem auch Regelungen vorzusehen, die seine Anwendung und die Berücksichtigung künftiger Änderungen des innerstaatlichen Rechts erleichtern. Diesem Ziel dient das am 3. Juni 1982 in Bonn unterzeichnete neue deutsch-luxemburgische Personenstandsabkommen.

B. Zu den Einzelbestimmungen

Zu Abschnitt I

Zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs wird wie bisher auf die förmliche Beglaubigung (Legalisation) von Personenstandsurkunden, die zum Gebrauch im anderen Vertragsstaat bestimmt sind, verzichtet. Außerdem bedürfen die in einem Vertragsstaat ausgestellten Ehefähigkeitszeugnisse keiner Bescheinigung des Konsuls des anderen Vertragsstaats darüber, daß die Behörde, die das Ehefähigkeitszeugnis ausgestellt hat, zu dessen Ausstellung befugt ist (vgl. hierzu § 5 a Abs. 1 Satz 1 des Personenstandsgesetzes).

Zu Abschnitt II

Der Austausch von Personenstandsurkunden liegt nicht nur im Interesse der betroffenen Personen. Er soll auch zu einer zuverlässigen Personenstandsbuchführung durch die Behörden des Heimatstaats der Betroffenen beitragen.

In den Artikeln 2 bis 6 ist im einzelnen festgelegt, welche Urkunden nach

- der Beurkundung von Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen,
- der Beischreibung von Vermerken zu diesen Personenstandseinträgen

zu übersenden und welche zusätzlichen Angaben auf ihnen zu vermerken sind. Die in Artikel 6 vorgeschriebene Mitteilung von gemeinsamen vorehelichen Kindern der Ehegatten ermöglicht es der empfangenden Behörde zu prüfen, ob diese Kinder durch die Eheschließung der Eltern ehelich geworden sind.

Nach Artikel 7 wird durch die auszutauschenden Personenstandsurkunden kein Nachweis über die Staatsangehörigkeit der betroffenen Personen erbracht.

Artikel 8 bestimmt, daß die Standesbeamten/Zivilstandsbeamten die auszutauschenden Urkunden der für ihren Bezirk zuständigen konsularischen Vertretung des anderen Staates zu übersenden haben. Näheres über die Weiterleitung dieser Urkunden bestimmen die Vertragsstaaten.

Die konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland haben die Urkunden an das Standesamt I in Berlin (West) zu übersenden (vgl. Nummer 4.3.1 der Ausführungsvorschriften zu den personenstandsrechtlichen Bestimmungen des Konsulargesetzes i.d.F. vom 7. August 1978, GMBI. S. 403), das mit ihnen nach den §§ 122 bis 125 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden – DA –) i.d.F. vom 24. Juni 1978 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 123 vom 6. Juli 1978) verfährt.

Nach Artikel 8 Abs. 4 werden für den Austausch der Personenstandsurkunden weder Gebühren noch Auslagen erhoben. Auch hierdurch wird der Geschäftsverkehr vereinfacht.

Zu Abschnitt III

Die Bestimmungen dieses Abschnitts eröffnen wie bisher dem Angehörigen eines Vertragsstaats, der vor einem Standesbeamten/Zivilstandsbeamten im anderen Vertragsstaat die Ehe schließen will, die Möglichkeit, den Antrag auf Ausstellung des dazu erforderlichen Ehefähigkeitszeugnisses bei diesem Standesbeamten/Zivilstandsbeamten zu stellen. Das erspart ihm und auch dem Standesbeamten/Zivilstandsbeamten in seinem Heimatstaat den im Zusammenhang mit der Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses entstehenden oft umfangreichen und kostspieligen Schriftwechsel.

Die in Artikel 9 Abs. 2 vereinbarten gegenseitigen Mitteilungen sollen die Anwendung des Abkommens erleichtern. Grundlage für diese Mitteilungen sind die jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften, in denen geregelt ist,

- welcher Standesbeamte/Zivilstandsbeamte für die Ausstellung des Ehefähigkeitszeugnisses zuständig ist,

- welche Urkunden von den Verlobten insbesondere zum Nachweis ihrer persönlichen Angaben (Namen, Geburt, Abstammung), ihres Personenstandes und Wohnsitzes vorzulegen sind.

Von der Aufnahme dieser Angaben in das Abkommen ist im Gegensatz zu dem Abkommen von 1962 abgesehen worden, um zu vermeiden, daß bei einer Änderung der entsprechenden innerstaatlichen Vorschriften jeweils auch das Abkommen förmlich geändert werden muß.

Es ist beabsichtigt, die auf Grund des Artikels 9 Abs. 2 ausgetauschten Mitteilungen im Bundesgesetzblatt Teil II bekanntzugeben.

Nach Artikel 10 verkehren die Standesbeamten/ Zivilstandsbeamten der Vertragsstaaten bei der Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen unmittelbar miteinander. Dies trägt wesentlich zu einer schnelleren Erledigung und zur Geschäftsvereinfachung bei.

In den in Artikel 11 Abs. 1 vorgeschriebenen zweisprachigen Vordruck für den Antrag auf Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses sind die Angaben über die Verlobten einzutragen, die der Standesbeamte/ Zivilstandsbeamte des Heimatstaats für die Prüfung der Ehefähigkeit benötigt. Absatz 2 ermöglicht eine Anpassung dieses Vordrucks an Änderungen des innerstaatlichen Rechts.

In Artikel 12 ist bestimmt, daß die Ehefähigkeitszeugnisse gebührenfrei auszustellen und die durch den

Schriftverkehr zwischen den Standesbeamten und Zivilstandsbeamten entstehenden Auslagen nicht vom Antragsteller zu erstatten sind.

Der Standesbeamte im Geltungsbereich des Personenstandsgesetzes erhebt für seine Mitwirkung bei der Beschaffung des Ehefähigkeitszeugnisses eine Gebühr, die der für die Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses festgesetzten Gebühr entspricht (vgl. hierzu § 68 Abs. 1 Nr. 7 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes – PStV – i.d.F. vom 25. Februar 1977, BGBl. I S. 377, der durch Art. 1 Nr. 2 Buchstabe c der 6. PStÄndV vom 23. April 1979, BGBl. I S. 493, geändert worden ist).

Zu Abschnitt IV

In Artikel 13 wird in der hergebrachten Weise die Einbeziehung des Landes Berlin zum Ausdruck gebracht.

Die Artikel 14 und 15 enthalten die üblichen Schlußklauseln. Artikel 14 Abs. 3 sieht die Außerkraftsetzung des deutsch-luxemburgischen Personenstandsabkommens vom 7. Dezember 1962 vor.

Zum Protokoll

Die Protokollerklärung enthält nähere Ausführungen zu dem in den Artikeln 2 bis 5 und 9 verwendeten Begriff des „Angehörigen eines Vertragsstaats“ sowie dazu, wie im allgemeinen der Nachweis hierüber für Zwecke des Abkommens erbracht wird.

